

# **Verpflichtende Kinder- und Jugendbeteiligung – gute Idee oder Unsinn?**

## **Pro und Contra – FAQ, Frequently Asked Questions**

Zusammenstellung: Franz-Albert Heimer, Treffpunkt Freiburg, 05.07.2013

Das Anliegen: Seit dem Frühjahr 2013 läuft eine Petition an den Landtag von Baden-Württemberg, Kinder- und Jugendbeteiligung verpflichtend in der Gemeindeordnung festzuschreiben.

Der Anlaß dieser Argumentesammlung: Podiumsdiskussion am 4. Juli 2013

Veranstaltet von: Projektgruppe Beteiligungshaushalt, Treffpunkt Freiburg, Ring politischer Jugend Freiburg

Es diskutierten mit dem Publikum:

Sebastian Müller (Stadtrat Junges Freiburg)

Ronja Posthoff (Jugendbüro Freiburg)

Lukas Mörchen (Schülerrat Freiburg)

Angelina Bühler (Ring politischer Jugend Freiburg)

Im folgenden sind die in der Diskussion genannten Contra-Argumente aufgelistet und anschließend halbwegs im Stil einer FAQ die Pro-Argumente.

### **Contra-Argumente**

1. Verpflichtende Kinder- und Jugendbeteiligung überfordert die Kommunen. Sie ist zu schwierig und zu teuer. VerwaltungsmitarbeiterInnen sind nicht für Beteiligung ausgebildet.
2. Kinder- und Jugendbeteiligung den Kommunen zur Pflicht zu machen, führt nur dazu, daß viele Kommunen, deren Bürgermeister das ablehnt, die Beteiligung unwillig, lustlos und letztlich schlecht umsetzen. Papier ist geduldig.
3. Sie überfordert auch viele Kinder und Jugendlichen, die noch nicht reif dafür sind und sich noch nicht dafür interessieren.
4. Sie würde Kinder- und Jugendliche eher frustrieren, wenn sie nicht gut gemacht ist und die Ergebnisse dann entweder gar nicht oder nur nach vielen Jahren kommen.
5. Kinder und Jugendliche können von Erwachsenen manipuliert werden.
6. Viele Kinder und Jugendliche sind schon von der Politik frustriert oder einfach desinteressiert und haben keine Lust, sich zu beteiligen.
7. Kinder und Jugendliche sind teils nur für kurze Zeit zu gewinnen.
8. Es werden sich nur privilegierte Kinder und Jugendliche beteiligen (Gymnasiasten).
9. Kinder- und Jugendbeteiligung ist systemstabilisierend, ist nur ein Flicker an einem grundsätzlich ungerechten System.

## Pro-Argumente

1. Das politische Ziel ist wichtig: Es darf nicht an Kindern und Jugendlichen vorbei entschieden werden. Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, daß politische Teilhabe allen Mitgliedern einer Gesellschaft gewährt wird. – Diesbezügliche politische Absichtsbekundungen gibt es schon länger: Die UN-Kinderrechtskonvention wurde vom Bundestag schon lange ratifiziert; sie sieht Kinderbeteiligung vor, was aber nie ernsthaft umgesetzt wurde.
2. Kinder und Jugendliche haben was beizutragen:
  - Es gibt sehr reife Jugendliche, da kann man Überraschungen erleben.
  - Kinder und Jugendliche haben entscheidendes Wissen über ihren Alltag, z.B. das Schulsystem, das für gute Entscheidungen gebraucht wird.
  - Kinder und Jugendliche wachsen mit ihrer Verantwortung – wie Erwachsene auch.
3. Die Verpflichtung ist gerechtfertigt: eine Freiwilligkeit reicht nicht, das zeigt sich in vielen Feldern.
4. Kommunen schaffen das schon I – die Qualifikationen: Mit der richtigen Methode funktioniert Kinder- und Jugendbeteiligung. Das ist die Antwort auf viele der o.g. Einwände. Es gibt schon jahrzehntelange Erfahrung mit den verschiedensten Methoden. Darauf kann man zurückgreifen – wenn es politisch ernsthaft gewollt ist. Es gibt genug BeraterInnen, die bei einzelnen Beteiligungsverfahren oder der Fortbildung von VerwaltungsmitarbeiterInnen unterstützen können.
5. Die Kommunen schaffen das schon II – die Kosten: So teuer muß Beteiligung gar nicht sein. Richtig ausgewählt, halten sich die Kosten für Beteiligungsverfahren in Grenzen. Ohnehin sind für viele kommunale Projekte die Gesamtkosten so hoch, daß die Kosten für Kinder- und Jugendbeteiligung dabei kaum ins Gewicht fallen.
6. Erreichen wir auch benachteiligte Jugendliche? Ja. Auch benachteiligte Jugendliche kann man gewinnen, wenn man eine Methode wählt, die konsequent an ihren Interessen ansetzt. Und benachteiligte Jugendliche sind nicht in jeder Hinsicht benachteiligt, so können auch Real- und HauptschülerInnen sehr engagiert und sprachgewandt sein.
7. Politische Beteiligung ist auch politische Bildung, eine entscheidende Ergänzung zum Sozialkundeunterricht. Diese politische Bildung ist besonders nötig in Zeiten zunehmender Politik- und Parteienverdrossenheit und schwindender Zustimmung zu unserem demokratischen System. Gerade auch, wenn das Wahlalter für Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt wurde, ist das wichtig: eine gute politische Beteiligung steigert auch die Wahlbeteiligung.
8. Politische Beteiligung fördert auch Bürgerschaftliches Engagement, das ja von Kommunen sehr gewünscht ist. Wer sich politisch und menschlich ernst genommen fühlt, identifiziert sich mit der Gemeinde und engagiert sich viel eher.
9. Systemstabilisierend? Viele politische Akteure sind sich einig darin, daß wir einen relativ friedlichen Entwicklungsstand unserer Gesellschaft erreicht haben – zum Beispiel verlaufen bei uns Regierungswechsel unblutig. Eine demokratische Weiterentwicklung ist seit Jahrzehnten im Gang, und dafür ist jede Steigerung des politischen Bildungsgrades hilfreich.